

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Umweltausschuss**

56. Sitzung

am Mittwoch, dem 22. Oktober 2003, 14:00 Uhr  
im Sitzungszimmer des Landtages

**Anwesende Abgeordnete**

Frauke Tengler (CDU)

Vorsitzende

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Helmut Jacobs (SPD)

Wilhelm-Karl Malerius (SPD)

Konrad Nabel (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Ursula Sassen (CDU)

Jutta Scheicht (CDU)

Herlich Marie Todsens-Reese (CDU)

Dr. Heiner Garg (FDP)

i. V. von Günther Hildebrand

Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Weitere Abgeordnete**

Lars Harms (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Entschließung zur Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit</b>	<b>4</b>
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 15/2441	
<b>2. Umweltzustandsbericht für Schleswig-Holstein</b>	<b>5</b>
Bericht der Landesregierung Drucksache 15/2413	
<b>3. Abfallwirtschaft in Schleswig-Holstein</b>	<b>6</b>
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten des SSW Drucksache 15/2538	
<b>4. Haltung von Wildtieren in Zirkusbetrieben</b>	<b>9</b>
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 15/2888	
<b>5. Terminplanung für das erste Halbjahr 2004</b>	<b>10</b>
Umdruck 15/3785	
<b>6. Verschiedenes</b>	<b>11</b>

Die Vorsitzende, Abg. Tengler, eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt die Vorsitzende die neugeborene Tochter der Abg. Redmann, Annie.

Punkt 1 der Tagesordnung:

### **Entschließung zur Stärkung der kommunalen Handlungsfähigkeit**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 15/2441

(überwiesen am 20. Februar 2003 an den **Innen- und Rechtsausschuss** und an alle übrigen Ausschüsse)

hierzu: Umdrucke 15/3134, 15/3135, 15/3143, 15/3336, 15/3399, 15/3443,  
15/3464, 15/3475, 15/3485, 15/3487, 15/3488, 15/3500,  
15/3536, 15/3554

Der Ausschuss empfiehlt dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss mit den Stimmen der SPD gegen die Stimmen der CDU ohne Aussprache, den Antrag abzulehnen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Umweltzustandsbericht für Schleswig-Holstein**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 15/2413

(überwiesen am 8. Mai 2003 an den **Umweltausschuss**, den Wirtschaftsausschuss und den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung)

Abg. Todsens-Reese schlägt vor, den Bericht in Anwesenheit des Ministers zu beraten und ihn insoweit zurückzustellen. - Der Ausschuss erklärt sich damit einverstanden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

### **Abfallwirtschaft in Schleswig-Holstein**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten des  
SSW  
Drucksache 15/2538

(überwiesen am 2. April 2003 zur abschließenden Beratung)

Abg. Harms fragt nach dem aktuellen Stand der Projekte in Lübeck, Tornesch und Neumünster.

AL Steiner führt bezüglich Lübeck aus, dass seit März eine bestandskräftige Genehmigung existiere. Die europaweite Ausschreibung sei durchgeführt worden. Mit der Auftragsvergabe sei Mitte Januar 2004 zu rechnen. Geplant sei, den Bau bis 2005 abzuschließen, sodass die Anlage danach in Betrieb genommen werden könne.

Bezüglich der Anlage in Pinneberg - Tornesch-Ahrenlohe - hätten sich die drei Kreise Dithmarschen, Steinburg und Pinneberg geeinigt, der vorhandenen Anlage eine mechanische Aufarbeitung vorzuschalten. Die Kapazität betrage 150 t pro Jahr. Das entspreche dem Restaufkommen der drei Gebietskörperschaften. Die verbleibende Fraktion von etwa 80.000 t gehe in die Müllverbrennungsanlage in Tornesch, die diese Kapazität habe.

Die Planungsaufträge seien vergeben. Die Genehmigung werde im März 2004 beantragt. Mit dem Bau solle im Juni 2004 begonnen werden. Die Inbetriebnahme sei für Mai 2005 vorgesehen.

Die Kommunikation mit der kommunalen Ebene sei sehr gut. In diesen Gesprächen habe man sich bemüht, die bisher noch differierenden Mengenprognosen zwischen Land und Kommunen anzugleichen.

Bezüglich Neumünster - so fährt AL Steiner fort - sei mitzuteilen, dass das dort stattgefundenen Bürgerbegehren vom Innenministerium aus verschiedensten Gründen abgelehnt worden sei. Nunmehr gebe es ein erneutes Bestreben für ein Bürgerbegehren. Nach seiner juristischen Auffassung stehe dies aber in einem sachlichen Zusammenhang mit Beschlüssen von Anfang dieses Jahre, dass es bereits an Fristen scheitern könne.

Der Antrag für die MBA, die eine Kapazität von 200.000 t habe, liege vor. Mit der Genehmigung sei noch in diesem Monat zu rechnen, sodass im II. Quartal 2004 Baubeginn sein könne. Die Inbetriebnahme sei 2005 geplant. Für die TEV sei der immissionsschutzrechtliche Vorbescheid bestandskräftig. Mit Baubeginn sei im I. Quartal 2004, mit dem Probetrieb im Herbst 2005 zu rechnen.

Eine Frage der Vorsitzenden hinsichtlich der weiteren Verwendung der hochkalorischen Fraktion aus Lübeck beantwortet AL Steiner dahin, dass diese mit Sicherheit ausgeschrieben werde. Wohin sie gehen werde, sei derzeit nicht geklärt.

Nicht bekannt sei - so AL Steiner auf eine weitere Frage der Vorsitzenden -, ob es weitere Verträge von kommunaler Seite mit Hamburg außer dem zwischen dem Kreis Segeburg und Hamburg gebe. Bekannt sei, dass in Hamburg noch erhebliche Kapazitätsreserven frei seien.

Auf die Frage der Abg. Scheicht nach dem genauen Standort der geplanten Anlage in Lübeck antwortet AL Steiner, dass es sich um die Altdeponie Niemark handle.

Im Folgenden werden einige rechtliche Fragen zum geplanten Bürgerbegehren in Neumünster gestellt. AL Steiner sagt zu, den Ausschuss schriftlich umfassend darüber zu informieren.

Abg. Harms fragt nach statistischem Material über die Verbringung von Abfällen zur Verwertung. AL Stein erwidert, diese Abfälle seien im Rahmen der Deregulierungsmaßnahmen, die in den letzten Jahren EU-weit eingeführt worden seien, weder genehmigungs- noch anzeigepflichtig.

Eine weitere Nachfrage des Abg. Harms bezieht sich auf Rückbau- und Entsorgungskonzepte von Kernkraftwerken in Schleswig-Holstein. Herr Meyer legt dar, das Finanzministerium habe hinsichtlich der steuerlichen Freistellungen wie folgt Stellung genommen: Die Betreiber der in Schleswig-Holstein gelegenen Kernkraftwerke würden ertragssteuerlich nicht in Schleswig-Holstein geführt. Daher könne nicht konkret darauf eingegangen werden, nach welchen Kriterien die Betreiber die Rückstellungen vornähmen. Nach dem vorliegenden allgemeinen Informationen erfolgten die Bewertungen der Rückstellungen für die Stilllegung für Kernkraftwerke nach Maßgabe der Verhältnisse des Einzelfalls. Hierfür würden individuelle anlagenspezifische Gutachten erstellen. Die Rückstellungen sei nach dem Einkommensteuergesetz ab dem Zeitpunkt der erstmaligen Nutzung bis zum Zeitpunkt, in dem mit der Stilllegung begonnen werden müsse, anteilig anzusammeln. Stehe der Zeitpunkt der Stilllegung nicht fest, betrage der Ansammlungszeitraum 25 Jahre. Die Rückstellungen seien abzuzinsen.

Der Ausschuss nimmt die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Abgeordneten des SSW zur Abfallwirtschaft in Schleswig-Holstein abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

### **Haltung von Wildtieren in Zirkusbetrieben**

Antrag der Fraktion der FDP

Drucksache 15/2888

(überwiesen am 24. September 2003)

Die Ausschussmitglieder diskutieren kurz über die neueste Entwicklung auf Bundesebene und verständigen sich darauf, auf Vorgaben, nämlich einen entsprechenden Verordnungsentwurf von Ministerin Künast, zu warten. Einvernehmen besteht auch darin, dass sich die Ausschussmitglieder kurzfristig nach Vorliegen eines entsprechenden Verordnungsentwurfs erneut mit dem Thema beschäftigen und gegebenenfalls einen gemeinsamen Antrag in den Landtag einbringen werden.

In einer kurzen Diskussion wird die bereits im Rahmen der Plenardebatte getroffene Feststellung bekräftigt, dass die Intention, die mit dem vorliegenden Antrag zum Ausdruck kommt, von allen Fraktionen geteilt wird.

Sodann empfiehlt der Ausschuss dem Landtag einstimmig, den Antrag für erledigt zu erklären.

Punkt 5 der Tagesordnung:

### **Terminplanung**

Der Ausschuss bestätigt den aus Umdruck 15/3785 ersichtlichen Terminplan für das erste Halbjahr 2004.

Außerdem beauftragt der Ausschuss die fachpolitischen Sprechern der Fraktionen, am Rande der nächsten Plenartagung über die geplante Informationsreise zu beraten.

Punkt 6 der Tagesordnung:

### **Verschiedenes**

a) Abg. Todsens-Reese spricht eine Einladung des Umweltministers für den 2. Dezember 2003 an und bittet wegen des Bundesparteitages der CDU um Verschiebung. Die Vorsitzende regt an, als Termin den 10. Dezember zu wählen.

b) Abg. Nabel regt an, den nächsten vorgesehenen regulären Sitzungstermin am 5. November 2003 nicht wahrzunehmen. - Der Ausschuss schließt sich dem an.

c) Abg. Redmann bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für die anlässlich der Geburt ihrer Tochter übermittelten Glückwünsche.

d) Die Vorsitzende berichtet kurz über die Mitgliederversammlung des schleswig-holsteinischen Waldbesitzerverbandes. Sie legt dar, Graf Rantzau habe Folgendes angesprochen: Der Wald könne nicht Begründung für die Erhöhung der Grundwasserentnahmeabgabe sein. Der Zertifizierungsprozess sei abgeschlossen. Der Rahmenvertrag mit der Landesregierung zu NATURA 2000 sei zur Unterschrift bereit. Eine Novellierung des Landeswaldgesetzes befinde sich in der Diskussion. Aus der Sicht der Waldbesitzer sollten folgende Punkte gestrichen werden: die forstliche Rahmenplanung, die Einbeziehung der Erweiterung der Knicks bei Neuaufforstungen und das Vorkaufsrecht des Landes bei Forstflächen. Erhalten bleiben müsse das Betretungsverbot.

Die Vorsitzende, Abg. Tengler, schließt die Sitzung um 14:50 Uhr.

gez. Tengler  
Vorsitzende

gez. Tschanter  
Geschäfts- und Protokollführerin